

Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr

**Änderungsverfahren 33 OB Zeche Sterkrade
zum Regionalen Flächennutzungsplan**

**Synopse der Anregungen im Rahmen der Frühzeitigen Beteiligung der Behörden
und sonstigen Träger öffentlicher Belange**

März 2019

Beteiligter: Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein K.d.ö.R.		Eingang: 23.03.2018
ID-Nr.: 142		Nummer der Anregung: 3
Anregung:	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:	
soweit von Ihren Plänen kein jüdischer Friedhof betroffen ist, stimmt der Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein dem o.g. Bauvorhaben zu.	Nach Kenntnis der Planungsgemeinschaft ist durch die Planung kein jüdischer Friedhof betroffen.	
	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	

Beteiligter: Westnetz GmbH, Regionalzentrum Ruhr, Essen		Eingang: 27.03.2018
ID-Nr.: 205		Nummer der Anregung: 8
Anregung:	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:	
Das Regionalzentrum Ruhr verweist im Hinblick auf den Planungsbereich 33 OB auf die Zuständigkeit der Westnetz GmbH, Regionalzentrum Niederrhein in Wesel. Das Schreiben wurde entsprechend weitergeleitet.	Die Beteiligung weiterer Leitungsträger, u.a. des genannten Regionalzentrums, ist bereits im Rahmen des laufenden Änderungsverfahrens erfolgt.	
	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	

Beteiligter: Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleist. der Bundeswehr		Eingang: 29.03.2018
ID-Nr.: 257		Nummer der Anregung: 12
Anregung:	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:	
Seitens der Bundeswehr gibt es keine Einwände oder Bedenken gegen das Vorhaben.	Die RFNP-Änderung bereitet die Nutzung der Fläche für eine Mischung aus Wohnen und wohnverträglichem Gewerbe zunächst vor. Die konkrete städtebauliche Ausgestaltung der Planung wird im Rahmen des nachgelagerten Bebauungsplanverfahrens geregelt. Nach derzeitigem Stand wird jedoch von einer deutlich geringeren Höhenentwicklung im Planbereich ausgegangen. Im gegebenen Fall erfolgt eine erneute Beteiligung im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens.	
Hierbei gehe ich davon aus, dass bauliche Anlagen –einschl. untergeordneter Gebäudeteile -eine Höhe von 30 m über Grund nicht überschreiten. Sollte entgegen meiner Einschätzung diese Höhe überschritten werden, bitte ich in jedem Einzelfall mir die Planungsunterlagen –vor Erteilung einer Baugenehmigung- zur Prüfung zuzuleiten.		
	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	

Beteiligter: E.ON SE Mining Management ID-Nr.: 51		Eingang: 29.03.2018 Nummer der Anregung: 15
Anregung: Die o.a. Planbereiche liegen außerhalb des stillgelegten Bergwerkseigentums der E.ON SE. Aus Gründen des früheren Bergbaus, soweit er von der E.ON SE zu vertreten ist, haben wir weder Anregungen noch Bedenken vorzubringen. Für den ehemaligen Steinkohlenbergbau im Bereich des o.a. Bebauungsplans ist die RAG Aktiengesellschaft, Postfach 44620 Herne, zuständig. Wir empfehlen daher die v.g. Gesellschaft an dem Bauleitplanverfahren zu beteiligen.		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: Der genannte Planungsträger wurde bereits parallel im vorliegenden Verfahren beteiligt. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Beteiligter: RMR Rhein-Main-Rohrleitungstransportgesellschaft m. b. H. ID-Nr.: 191		Eingang: 03.04.2018 Nummer der Anregung: 16
Anregung: (...) von der vorgenannten Maßnahme werden weder unsere vorhandenen Anlagen noch laufende bzw. vorhersehbare Planungen unseres Hauses betroffen. Falls für Ihre Maßnahme ein Ausgleich für den Eingriff in Natur und Landschaft gefordert wird, muss sichergestellt sein, dass dieser nicht im Schutzstreifen unserer Leitungen stattfindet. Sollten diese Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen werden, bitten wir um erneute Beteiligung.		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: Eine Konkretisierung der Planung – sowie der evtl. erforderlichen Maßnahmen – erfolgt im nachgelagerten Bebauungsplan. Hierzu wird ein gesondertes Beteiligungsverfahren durchgeführt. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Beteiligter: WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH, Stadtentwässerung ID-Nr.: 260		Eingang: 03.04.2018 Nummer der Anregung: 17
Anregung: Gegen die Änderungen im Flächennutzungsplan erheben wir im Rahmen unserer Zuständigkeit keine Einwände. Wir begrüßen die Aussage im Umweltbericht (Teil B): „Das gesammelte Niederschlagswasser ist im Rahmen der örtlichen Verhältnisse dem zukünftigen Alsbach zuzuführen.“		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: Es ist geplant, den derzeit noch unterirdisch verlaufenden Alsbach offenzulegen, zu renaturieren und in einem Grünkorridor über die Fläche zu führen (Ausgleichsmaßnahme in einem Planfeststellungsverfahren für den 3-gleisigen Ausbau der an das Plangebiet angrenzenden Bahntrasse BETUWE Linie).

	<p>Eine Konkretisierung der Planung erfolgt im nachgelagerten Bebauungsplan. Hierzu wird ein gesondertes Beteiligungsverfahren durchgeführt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
--	--

Beteiligter: WBO Wirtschaftsbetriebe Oberhausen GmbH, Stadtentsorgung ID-Nr.: 261		Eingang: 04.04.2018 Nummer der Anregung: 21
Anregung:	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:	
<p>Gegen die geplante Errichtung werden unter Berücksichtigung folgender Auflagen keine Bedenken erhoben.</p> <p>Die Auflagen zur Baugenehmigung entnehmen Sie bitte der Anlage.</p>	<p>Die in der Anlage genannten detaillierten Anforderungen an Müllbehälterstandplätze und deren Anfahrbarekeit sind nicht Gegenstand des vorliegenden Änderungsverfahrens zum Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP). Eine Konkretisierung der Planung erfolgt im nachgelagerten Bebauungsplan. Hierzu wird ein gesondertes Beteiligungsverfahren durchgeführt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>	

Beteiligter: Amprion GmbH ID-Nr.: 200		Eingang: 09.04.2018 Nummer der Anregung: 27
Anregung:	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:	
<p>In den Geltungsbereichen der Änderungsverfahren 32 E und 33 OB befinden sich keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens.</p> <p>Planungen von Höchstspannungsleitungen für diese Bereiche liegen aus heutiger Sicht nicht vor.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>	

Beteiligter: Deutscher Wetterdienst (DWD) ID-Nr.: 42		Eingang: 11.04.2018 Nummer der Anregung: 28
Anregung: Der DWD hat keine Einwände gegen die von Ihnen vorgelegte Planung, da keine Standorte des DWD beeinträchtigt werden bzw. betroffen sind. Ich möchte Sie allerdings darauf hinweisen, dass aus Sicht des Deutschen Wetterdienstes die Auswirkungen des Vorhabens auf das Schutzgut Klima zu berücksichtigen sind. Das Vorhaben ist so zu gestalten, dass erhebliche ungünstige Auswirkungen auf das Klima und das Lokalklima vermieden werden. Zusätzlich ist bei dem Vorhaben in Sinne des Baugesetzbuches den Aspekten des Klimaschutzes und denen der Anpassung an den Klimawandel Rechnung zu tragen.		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: Gemäß den Regelungen des Baugesetzbuches (insb. § 1 Abs. 6 Nr. 7a) BauGB i.V.m. den ergänzenden Vorschriften zum Umweltschutz des § 1a Abs. 5 BauGB) werden die Auswirkungen auf das Klima sowie die Erfordernisse des Klimaschutzes und des Klimawandels bei der Aufstellung von Bauleitplänen berücksichtigt und in die planerische Abwägung eingestellt. Demgemäß werden die im Rahmen dieser Planungsebene relevanten Auswirkungen auf das Schutzgut Klima im Umweltbericht zur 33. Änderung des Regionalen Flächennutzungsplans (RFNP) ausführlich dargelegt. Die geplante Umwidmung von Wohnbaufläche in Mischbaufläche ist im Hinblick auf die Umweltauswirkungen in etwa vergleichbar, so dass eine signifikante Verschlechterung der Klimabelange gegenüber der planungsrechtlichen Situation nicht zu erwarten ist. Die weitere Konkretisierung der Planung und die Festlegung erforderlicher Maßnahmen erfolgt im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren. In diesem Zusammenhang wird auch der Oberhausener Leitfaden „Klimaschutz in der Bauleitplanung“ berücksichtigt. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Beteiligter: Landesbetrieb Wald und Holz NRW – Regionalforstamt Ruhrgebiet ID-Nr.: 268		Eingang: 11.04.2018 Nummer der Anregung: 31
Anregung: Im Geltungsbereich des o.g. Änderungsverfahrens befindet sich Wald i.S.d. Gesetze. Sollte dieser bei nachfolgenden konkreten Planungsvorhaben umgewandelt werden, sind forstrechtlich erforderliche Kompensationsmaßnahmen festzusetzen. Gegen das o.g. Vorhaben erhebe ich aus forstrechtlicher Sicht keine Bedenken.		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: Die Waldbestandteile im Planbereich wurden erfasst und im Umweltbericht zur 33. Änderung des Regionalen Flächennutzungsplans (RFNP) beschrieben. Die weitere Konkretisierung der Planung und die Festlegung erforderlicher Maßnahmen erfolgt im nachgelagerten Bebauungsplan. Hierzu wird ein gesondertes Beteiligungsverfahren durchgeführt. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Beteiligter: RWW Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft mbH ID-Nr.: 190		Eingang: 12.04.2018 Nummer der Anregung: 37
Anregung: (...) teilen wir Ihnen mit, dass wir gegen die genannten Maßnahmen keine grundsätzlichen Bedenken haben. Wir gehen davon aus, dass unsere vorhandenen Anlagen in ihrer jetzigen Lage verbleiben können. <i>Anm.: Als Anlage wurden Planausschnitte übersendet, in denen die aktuelle Lage der betriebseigenen Versorgungsleitungen eingetragen ist.</i>	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: Nach Auswertung der übersendeten Planunterlagen ist festzustellen, dass sämtliche Versorgungsleitungen der RWW außerhalb des Änderungsbereichs liegen. Die 33. Änderung des Regionalen Flächennutzungsplans wirkt sich somit nicht auf die Lage der bestehenden Leitungen aus. Die weitere Konkretisierung der Planung erfolgt im nachgelagerten Bebauungsplan. Hierzu wird ein gesondertes Beteiligungsverfahren durchgeführt. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.	

Beteiligter: Geologischer Dienst NRW - Landesbetrieb ID-Nr.: 90		Eingang: 13.04.2018 Nummer der Anregung: 40
Anregung: Gegen die Planung bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Für das weitere Verfahren weise ich auf Folgendes hin: <u>Baugrunderkundung</u> Die Baugrunduntersuchungen sind vor Beginn von Baumaßnahmen insbesondere im Hinblick auf das Trag- und Setzungsverhalten objektbezogen zu untersuchen und zu bewerten. <u>Baugrund</u> In dem Plangebiet befinden sich nach den mir vorliegenden Unterlagen flächendeckend künstliche Aufschüttungen. <u>Bergbau</u> In dem Plangebiet liegen die verfüllten Schächte Sterkrade 1 und 2 der ehemaligen Zeche Sterkrade. Zur Klärung von Fragen möglicher bergbaulicher Einwirkungen empfehle ich, eine Anfrage bei der Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 –Bergbau und Energie in NRW, zu stellen.	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: In Bezug auf die Planungsebene des Regionalen Flächennutzungsplans (RFNP) ist die Ermittlung und Bewertung von Bodenqualitäten bzw. Bodenbelastungen bereits im Rahmen des Umweltberichtes zu diesem Änderungsverfahren erfolgt. Baugrunduntersuchungen im Hinblick auf das Trag- und Setzungsverhalten gehören dagegen nicht zum Ermittlungsspektrum einer RFNP-Änderung. Die weitere Konkretisierung der Planung erfolgt im nachgelagerten Bebauungsplan. Hierzu wird ein gesondertes Beteiligungsverfahren durchgeführt. Die Beteiligung der Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 –Bergbau und Energie in NRW- erfolgt standardmäßig bei allen Verfahren zur Änderung oder Ergänzung der Regionalen Flächennutzungsplans. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.	

Beteiligter: Mingas-Power GmbH ID-Nr.: 165		Eingang: 16.04.2018 Nummer der Anregung: 42
Anregung: Mingas-Power betreibt seit dem Jahr 2010 am ehemaligen Schacht Sterkrade 2 die Gewinnung und Verwertung von Grubengas und leistet damit einen erheblichen Beitrag zu Ressourcenschonung und Klimaschutz. Die Anlagen sind unter Einbeziehung sonstiger bestehender Emittenten berg- und immissionsschutzrechtlich genehmigt. Bei der Planänderung ist sicherzustellen, dass nicht durch Dritte eine zusätzliche Lärmbelastung generiert wird, die zu einer Überschreitung der gesamtzulässigen Geräuschemissionen führen kann.		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: Die Anlage zur Gewinnung von Grubengas wurde am Standort des ehemaligen Schachtes 2 in Containerbauweise errichtet. Die erstmalige Genehmigung aus dem Jahr 2010 wurde befristet bis 2015 erteilt und dann um weitere drei Jahre bis August 2018 verlängert. Der Sachverhalt wurde in die Begründung und in den Umweltbericht – Schutzgut: Kultur- und Sachgüter- entsprechend aufgenommen. Aktuell wurde eine erneute Verlängerung um drei Jahre bis zum 15. August 2021 erteilt. Begründung und Umweltbericht werden entsprechend fortgeschrieben. Die Änderung des Regionalen Flächennutzungsplans (RFNP) hat keine unmittelbare Auswirkung auf die genehmigte Anlage. Die weitere Konkretisierung der Planung erfolgt im nachgelagerten Bebauungsplan. Hierzu wird ein gesondertes Beteiligungsverfahren durchgeführt. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Beteiligter: Kreisbauernschaft Ruhrgrößtädte e.V. ID-Nr.: 298		Eingang: 19.04.2018 Nummer der Anregung: 48
Anregung: Sollten für die Planvorhaben Kompensationsmaßnahmen erforderlich werden, so ist darauf zu achten, dass solche nicht auf landwirtschaftlichen Nutzflächen umgesetzt werden. <i>Anm.: Im Schreiben wird nachfolgend umfangreich auf das Erfordernis der Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen hingewiesen, die aus Gründen der Ökologie und insbesondere als Ernährungsgrundlage unverzichtbar sind.</i>		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: Der Planbereich besteht überwiegend aus einer vormals genutzten bzw. bebauten Industriebrache. Lediglich im südwestlichen Planbereich wird eine landwirtschaftliche Fläche in einer Größe von etwa 1,3 ha angeschnitten. Dieser Bereich ist bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt Bestandteil einer im rechtswirksamen RFNP dargestellten Wohnbaufläche, die nunmehr in Mischbaufläche geändert werden soll. Erforderliche Kompensationsmaßnahmen und deren räumliche Verortung können erst im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren konkretisiert werden. Hierzu wird ein gesondertes Beteiligungsverfahren durchgeführt. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Beteiligter: thyssenkrupp Business Services GmbH ID-Nr.: 241		Eingang: 19.04.2018 Nummer der Anregung: 49
Anregung: (...) wie in einem gemeinsamen Telefonat von gestern Vormittag bereits angedeutet, konnten wir auch nach intensiver Prüfung in allen Fachbereichen (einschließlich der tk Steel AG) keine Leitung der tk AG in dem markierten Bereich (Zeche Sterkrade) ausfindig machen. Die in ihrem Lageplan eingezeichnete „ TAG “ Leitung ist uns nicht bekannt! Wir bitten dies bei der weiteren Planung zum Änderungsverfahren des Regionalen Flächennutzungsplanes (hier Nr. 33) zu berücksichtigen.	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: Die im Planbereich inzwischen überholten Leitungsdaten werden korrigiert. Die entsprechenden Aussagen in der Begründung und im Umweltbericht zur 33. Änderung des Regionalen Flächennutzungsplans werden gestrichen. Der Anregung wird gefolgt.	

Beteiligter: ENO Entwicklungsgesellschaft Neu Oberhausen mbH / OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH		Eingang: 23.04.2018
ID-Nr.: 64	Nummer der Anregung: 52	
Anregung:	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:	
<p>Die Entwicklungsgesellschaft Neu Oberhausen mbH ENO und die OWT Oberhausener Wirtschafts- und Tourismusförderung GmbH begrüßen die geplante Änderung Nr. 33 OB (Zeche Sterkrade).</p> <p>Die Änderung der RFNP Darstellung der 17,8 ha großen Fläche von Wohnbaufläche / Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) in Gemischte Bauflächen / Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) entspricht nach unseren Erkenntnissen der zukünftigen Entwicklung der Wirtschaft.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>	

Beteiligter:	Landesbüro der Naturschutzverbände NRW	Eingang:	23.04.2018
ID-Nr.:	136	Nummer der Anregung:	54
Anregung:	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:		
(...) zu den mit Ihrem Schreiben vom 06.03.2018 an die Naturschutzverbände übersandten Unterlagen der o.g. Änderung 33 OB des RFNP – hier SUP-Konsultationen - nehme ich namens und in Vollmacht der in NRW anerkannten Naturschutzverbände wie folgt Stellung:			

<p>Der vorgeschlagene Untersuchungsrahmen zur Erstellung des Umweltberichtes zur Änderung 33 OB in Oberhausen-Buschhausen wird grundsätzlich mitgetragen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Im Rahmen der Alternativenprüfung gem. UVPG ist als Alternative die Möglichkeit zu prüfen, hier den zukünftig für eine Gewerbe-/Wohnnutzung beanspruchten Bereich als Grünbereich zu erhalten bzw. auch eine Entwicklung als Grün- und Erholungsbereich zu ermöglichen. Dieses gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass Buschhausen ein Schwerpunkt der industriellen und gewerblichen Nutzung in Oberhausen ist und maßgeblich an der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Oberhausen beteiligt ist. Allerdings führt dieses zu entsprechenden Belastungen der Funktionen im Raum (u.a. Immissionsschutz).</p>	<p>Wie bereits in der Begründung in den Kapiteln 3.4 Bedarfsnachweis und 3.5 Alternative Entwicklungsmöglichkeiten dargelegt, besteht im Raum Buschhausen ein dringender Bedarf an zusätzlichen Wohnbau- und Gewerbeflächen. Gemäß den landesplanerischen Vorgaben sollen diese Flächenbedarfe vorrangig innerhalb des planungsrechtlich gesicherten Siedlungsraums und hier möglichst unter Wiedernutzung vormals bebauter Flächen realisiert werden. Der Planbereich erfüllt als Industriebrache genau diese Rahmenbedingungen. Ein Planungsverzicht mit der Folge, das Gelände einer natürlichen Entwicklung zu überlassen, bzw. die Entwicklung eines Grün- und Erholungsbereiches würde dazu führen, dass den bestehenden Flächenbedarfen durch Freirauminanspruchnahmen an anderer Stelle nachgekommen werden müsste.</p> <p>Im Übrigen ist der gesamte Planbereich bereits im rechtswirksamen RFNP als Wohnbaufläche dargestellt, so dass mit der 33. Änderung lediglich eine Flexibilisierung der baulichen Nutzung im Sinne der vom Rat der Stadt vorgegebenen Zielsetzung ermöglicht werden soll. Eine über das geltende Planungsrecht hinausgehende Freirauminanspruchnahme ist mit der vorliegenden Änderung somit nicht verbunden. Der RFNP kann die beabsichtigte Art der Bodennutzung -allein maßstabsbedingt- nur in ihren Grundzügen darstellen. Die weitere Nutzungsdifferenzierung erfolgt im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren. Hier soll ein substanzieller Grünflächenanteil geschaffen werden. Dies ist jedoch Gegenstand eines gesonderten Beteiligungsverfahrens.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Nicht unproblematisch dürfte aufgrund der ehem. Nutzung der Fläche mit erheblichen Schadstoffen belastenden Industrien (Bergwerk und Nebenbetriebe, Kokerei etc.) die Altlastenproblematik sein. Laut</p>	<p>Auf die Altlastenproblematik bzw. die Bodenbelastungen wird im Umweltbericht hingewiesen. Dabei wird auch ausgeführt, dass das ehemalige Betriebsgelände der Zeche Sterkrade 1/2 - bis auf kleinere</p>

<p>Unterlagen sind flächendeckend mehrere Flächen mit Bodenbelastungsverdacht vorhanden. Die Verhinderung der Mobilisierung von Schadstoffen durch die Baumaßnahmen (Erschließung, Errichtung von Hochbauten etc.) bzw. während der Nutzung ist unbedingt auszuschließen. Es sind hierzu entsprechende Aussagen im Umweltbericht erforderlich.</p>	<p>Teilflächen mit Restbelastungen - saniert wurde. Auf den Bedarf, dass die Restbelastungen bei höhersensiblen Nutzungen in nachgeschalteten Verfahren zu berücksichtigen sind, wird im Umweltbericht ebenfalls hingewiesen. Die Untere Bodenschutzbehörde wird bei den nachgelagerten Verfahren beteiligt, so dass die Berücksichtigung dieser Belange sichergestellt ist.</p>
<p>Im Übrigen erwarten die Naturschutzverbände klare Aussagen im Umweltbericht zu den Auswirkungen der offenbar – siehe Seite 5 Punkt 2.6.1 Stadtentwicklungskonzept (STEAK 2020) – nicht mehr weiter verfolgten ursprünglichen Zielsetzung eines hier geplanten Grünzuges mit geöffnetem Alsbach und einer Verbundachse.</p>	<p>Die im Stadtentwicklungskonzept (STEK 2020) dargestellte Schaffung eines Grünzuges mit Öffnung des Alsbaches und einer Verbundachse entlang der Bahntrasse sind weiterhin Planungsziel der Stadt Oberhausen. Die im RFNP in generalisierter Form bereits enthaltene Darstellung von Teilen dieses Grünzugs wird durch das Änderungsverfahren nicht berührt. Unterschiedliche Abgrenzungen zwischen RFNP und STEK 2020 sind somit rein maßstabsbedingt. Die weitere Ausdifferenzierung der Nutzungen erfolgt im Rahmen der nachgelagerten Planungen. In die Begründung wurde im genannten Abschnitt (nunmehr 2.7.1) eine Klarstellung aufgenommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Ferner ist im Umweltbericht zu prüfen, wie sich der Verzicht auf Wohnbebauung (insbesondere auch Mietwohnungsbau) bei weiterhin hoher Nachfrage – siehe Seite 7 Punkt 3.4.1 Wohnen – bzw. nur noch geringen Wohnbaureserven in Buschhausen, auf die zukünftige Freiraumentwicklung und damit den möglichen Verlust weiterer Grünflächen in Oberhausen auswirken wird.</p>	<p>Die beabsichtigte Umwidmung von Wohnbaufläche (W) in gemischte Baufläche (M) dient der Ansiedlung eines wohnverträglichen Gewerbeanteils im Planbereich. Nach gegenwärtigem Planungsstand soll der Schwerpunkt jedoch weiterhin in der Wohnbauentwicklung liegen, wobei eine Differenzierung verschiedener Wohnbauformen durch den RFNP noch nicht vorgenommen wird. Die Inanspruchnahme von Freiraumraum außerhalb des planungsrechtlich gesicherten Siedlungsraums ist nicht vorgesehen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>In den beigegeführten Unterlagen finden sich zwar Aussagen zum Vorkommen und/oder Betroffenheit planungsrelevanter Arten außerhalb des Bereichs. Allerdings ist der Verlust eines wichtigen Habitates der Kreuzkröte mit Bedeutung für die lokale Population im Ruhrgebiet</p>	<p>Im Umweltbericht zum Vorentwurf (Stand 09.03.2018) bezogen sich die Aussagen zu Vorkommen planungsrelevanter Arten bereits sowohl auf das Plangebiet selbst als auch auf dessen Umfeld. Auf die Funktion der Fläche als Ersatzlebensraum (überwiegend temporär, in Teilen</p>

<p>schon jetzt eindeutig. Dabei ist das Gebiet bereits Ersatzlebensraum. Ein erneuter Ersatz ist zu schaffen. Zu berücksichtigen sind dabei im Umweltbericht Auswirkungen im Gesamtzusammenhang der Population der Kreuzkröte in Oberhausen; u.a. aufgrund der Beeinträchtigungen der Kreuzkrötenpopulation im Bereich Waldteichgelände.</p> <p>Es werden hierzu konkrete Aussagen zu den im Gebiet vorkommenden Arten bzw. potentiellen Ersatzlebensräumen erwartet. Leider liegen bei den örtlichen Naturschutzverbänden keine Daten zum Artenschutz vor. Wir gehen davon aus, dass die noch durchzuführende ASP Stufe I im weiteren Verfahren zur Änderung 33 OB vorgelegt wird.</p>	<p>dauerhaft) wurde dabei ebenfalls schon hingewiesen.</p> <p>Im Rahmen des Verfahrens 33 OB wurde inzwischen eine Artenschutzprüfung (ASP 1) durchgeführt. Die Ergebnisse wurden in den Umweltbericht aufgenommen. Sowohl die Aussagen zu den vorkommenden Arten als auch zu den Wirkungen der Planung und zu notwendigen Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen, die in nachgelagerten Verfahren beachtet werden müssen, wurden im Umweltbericht ergänzt.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p>
---	--

Beteiligter: Landschaftsverband Rheinland, Gebäude- und Liegenschaftsmanagement ID-Nr.: 147	Eingang: 23.04.2018 Nummer der Anregung: 56
<p>Anregung:</p> <p>(...) hiermit übersende ich die Stellungnahme meines Fachbereiches 91.20-Landschaftliche Kulturpflege-. Ansonsten möchte ich Sie innerhalb meiner Stellungnahme darüber informieren, dass aus Sicht des Liegenschafts- /Gebäudebereiches keine Betroffenheit bezogen auf Liegenschaften des LVR vorliegt und daher keine Bedenken gegen die o. g. Maßnahme bestehen.</p> <p>Diese Stellungnahme gilt nicht für das Rheinische Amt für Denkmalpflege in Pulheim und für das Rheinische Amt für Bodendenkmalpflege in Bonn; es wird darum gebeten, deren Stellungnahmen gesondert einzuholen.</p> <p>(...) Sie fordern in Ihrem Schreiben zu Äußerungen hinsichtlich Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung aus den jeweiligen Fachsichten auf. Ich möchte Ihnen daher gerne aus der Sicht der Kulturlandschaftspflege Hinweise geben und äußere mich daher</p>	<p>Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:</p> <p>Die genannten Behörden werden standardmäßig bei Verfahren zur Änderung oder Ergänzung des Regionalen Flächennutzungsplans beteiligt.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>

<p>insbesondere zum Schutzgut „Kulturelles Erbe“ (vormals: Kultur- und Sachgüter).</p> <p>Grundsätzlich bestehen aus meiner Fachsicht keine Bedenken gegen die Planungen 32 E und 33 OB. Die Planung 34 GE fällt nicht in den Zuständigkeitsbereich des Landschaftsverbands Rheinland.</p>	
<p>Hinweise zu den für den Umweltbericht verwendeten und zu verwendenden Grundlagen:</p> <p>Die Kulturlandschaftsbereiche des Fachbeitrags Kulturlandschaft zum Regionalplan Ruhr werden berücksichtigt und auf die Ziele wird Bezug genommen. Ergänzend sollten darüber hinaus auch die Kulturlandschaftsbereiche der Landesplanung erwähnt und abgeprüft werden.</p>	<p>Der Änderungsbereich ist gem. LEP NRW Bestandteil der Kulturlandschaft 14 –Ruhrgebiet-. Ein landesbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich ist nicht betroffen. Eine entsprechende Ergänzung im Umweltbericht wurde aufgenommen.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p>
<p>In der Neufassung des UVPG vom 8.9.2017 wurde unter anderem der Schutzgüterbegriff überarbeitet. In § 2 (1), 4 heißt es jetzt: „Schutzgüter im Sinnes des Gesetzes sind [...] 4. <i>kulturelles Erbe</i> und sonstige Sachgüter.“ Diese inhaltliche Weitung des Begriffs bedeutet, dass nun nicht mehr nur das materielle Gut bzw. das dinglich fassbare kulturelle Erbe bzw. eingetragene Denkmal Berücksichtigung finden muss, sondern darüber hinausgehende kulturelle, d.h. insbesondere auch flächenwirksame Äußerungen (z.B. Kulturlandschaften) sowie das immaterielle Kulturerbe (vgl. Punkt 4. b) der Anlage 4 des UVP Berichts für die Umweltverträglichkeitsprüfung). Die Anwendung des neuen UVPG wird auch für bereits begonnene Verfahren vielfach empfohlen. Ein neu zu erstellender Umweltbericht sollte daher eine entsprechende Aktualisierung erfahren.</p>	<p>Das Verfahren zur 33. RFNP-Änderung wurde noch vor Inkrafttreten der UVPG-Novelle und der Novelle des BauGB eingeleitet und wird daher nach den zum damaligen Zeitpunkt geltenden Vorschriften zum Umweltbericht durchgeführt.</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>
<p>Grundlagen für die Überprüfung des Schutzguts „Kulturelles Erbe“ sind die nachfolgend gelisteten Gesetze und Verordnungen:</p> <p>Baugesetzbuch (Stand Juli 2017)</p> <p>Berücksichtigung der Belange der Baukultur, des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, der erhaltenen Ortsteile, Straßen und Plätze von geschichtlicher, künstlerischer und städtebaulicher Bedeutung und der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes (§ 1 Abs. 6 Nr. 5);</p>	<p>Die genannten Rechtsgrundlagen werden bei Verfahren zur Änderung oder Ergänzung des RFNP grundsätzlich berücksichtigt. Die Informationen zu bestehenden Datendiensten des LVR werden dankend entgegengenommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

	Berücksichtigung umweltbezogener Auswirkungen auf Kulturgüter- und sonstige Sachgüter (§1 Abs. 6 Nr. 7d)	
Bundesnaturschutzgesetz (Stand 07/2017)	Bewahrung historisch gewachsener Kulturlandschaften, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern, vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen (§ 1 Abs. 4 Nr. 1)	
Landesdenkmal-schutzgesetz (Stand 11/2016)	Denkmäler sind zu schützen, zu pflegen, sinnvoll zu nutzen und wissenschaftlich zu erforschen; bei öffentlichen Planungen und Maßnahmen sind die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege angemessen zu berücksichtigen (§1 Abs. 1 und 3)	
UVPG (Stand 08.09.2017)	„Schutzgüter im Sinnes des Gesetzes sind [...] 4. <i>kulturelles Erbe</i> und sonstige Sachgüter.“ (§ 2 (1), 4)	
<p>Zur Bearbeitung in einem GIS kann die kulturlandschaftliche Gliederung Nordrhein-Westfalens als WMS-Kartendienst mit der URL https://www.kula-dig.de/wms/Kulturlandschaften_NRW? eingebunden werden, ebenso die landesbedeutsamen und die bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche (URL https://www.kuladig.de/wms/Kulturlandschaftsbereiche_NRW?</p> <p>Für die Kulturlandschaftsbereiche der Regionalplanebene Ruhr gilt https://www.kula-dig.de/wms/Kulturlandschaftsbereiche_Regionalplan_Ruhr?</p> <p>Ergänzend soll als Quelle für Flächenbewertungen auf das Portal LVR-KuLaDig hingewiesen werden (https://www.kuladig.lvr.de/).</p> <p>Dort finden sich neben den Kulturlandschaften Nordrhein-Westfalens und den historischen Kulturlandschaftsbereichen auch Informationen zur historischen Kulturlandschaft und zum landschaftlichen kulturellen Erbe allgemein, die bei der</p>		

<p>Einschätzung von Objekten und von Eingriffsauswirkungen hilfreich sein können.</p>	
<p>Hinweis zur Planung 33 OB: Im Fall 33 OB ist die neue Ausweisung als Mischgebiet gegenüber einer reinen Wohnbaunutzung zu begrüßen, da sie damit der ehemaligen montanindustriellen Nutzung der Fläche näherkommt. Die im Vorentwurf des Umweltberichts (S. 8) geäußerte Absicht, das Denkmal Zeche Sterkrade, Schacht 1 als identitätsstiftendes Gebäude und als Landmarke zu erhalten, ist begrüßenswert und aus kulturlandschaftlicher Sicht unbedingt erforderlich. Ansonsten würde das kulturlandschaftliche und denkmalpflegerische Ziel „Wahren als landschaftliche Dominante“ im Rahmen der Regionalplanung für den Kulturlandschaftsbereich 087 verfehlt. Hinweisen möchte ich zudem auf den im ehemaligen Eingangsbereich (Von-Trotha-Straße) vorhandenen Rest der Zechenmauer und die geschwungene, auf das Fördergerüst zuführende Kastanienallee. Beide Elemente sind Zeugen der Industriekultur und ihr Erhalt sollte in den Planungen Berücksichtigung finden.</p>	<p>Der Hinweis wird aufgenommen. Im Umweltbericht wird unter dem Schutzgut Kultur- und Sachgüter auf die Reste der Zechenmauer und die Kastanienallee hingewiesen. Die Kastanienallee ist darüber hinaus gem. LNatSchG geschützt und wird daher unter dem Schutzgut Tiere Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft (Schutzstatus) aufgeführt. Der Erhalt dieser Elemente wird als anzustrebende Vermeidungsmaßnahme für die nachfolgende Planungsebene aufgenommen.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p>
<p>Als Sachgut wird im Vorentwurf des Umweltberichts ein nicht näher bezeichnetes Wohngebäude an der Von-Trotha-Straße genannt. Dort steht ein ehemaliges Ledigenheim der Zeche. Falls es sich um dieses Gebäude handeln sollte, wäre ein Einbezug in die Planungen unter Erhalt der Gebäudesubstanz zur Wahrung der ehemaligen funktionalen Zusammenhänge wünschenswert. Gleiches gilt für die ehemalige Trafostation der Schachtanlage.</p>	<p>Im Umweltbericht ist im entsprechenden Sachgut mit dem Begriff „Wohngebäude“ die Gesamtheit der Bestandsbebauung an der nördlichen Seite der Von-Trotha-Straße gemeint. Bei der genannten Trafostation handelt es sich lediglich um den Rest einer weitgehend bereits abgerissenen Umspannanlage. Die aktuelle Größenordnung ist etwa mit der von zwei Garagen vergleichbar. Durch den RFNP bzw. dessen Änderung werden noch keine Aussagen über die Nutzung einzelner Gebäude getroffen. Dieses bleibt dem nachfolgenden Bebauungsplanverfahren vorbehalten.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Beteiligter: Landwirtschaftskammer NRW Bezirksstelle für Agrarstruktur Düsseldorf/Ruhrgebiet	Eingang: 24.04.2018
ID-Nr.: 159	Nummer der Anregung: 57
<p>Anregung:</p> <p>Gegen das Änderungsverfahren 33 OB bestehen aus agrarstruktureller Sicht Bedenken. Generell wird aus hiesiger Sicht die Überplanung des ehemaligen Zechengeländes Sterkrade begrüßt, allerdings wird der Landwirtschaft insgesamt 2,17 ha landwirtschaftliche Nutzfläche entzogen.</p> <p>Bei der Fläche handelt es sich um eine große und gut zu erreichende landwirtschaftliche Fläche, die zur Nahrungs- und Futtermittelproduktion genutzt und aufgrund ihrer Lage, Form und Größe sowie ihren Eigenschaften einen wichtigen Bestandteil in der wirtschaftlichen Struktur eines Betriebes einnimmt.</p> <p>Zudem führt der Landverlust zur Einschränkung der Ausbringungsfläche für organische Düngemittel und wirkt sich unmittelbar auf die Tierhaltung (Rinder- und Legehennenhaltung) des betroffenen Betriebes aus. Dieser Betrieb muss sich anderweitig Futter- als auch Ausbringungsfläche sichern, die aber derzeit nicht in der Region verfügbar sind.</p> <p>Ziel muss es sein, landwirtschaftliche Nutzflächen und Betriebsstandorte zu erhalten. Zur Verdeutlichung wird nachfolgend der Grundsatz 7.5-2 des LEPs NRW 2017 als Landschaftsrahmenplan aufgezeigt:</p> <p>„7.5-2 Grundsatz Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte</p> <p><i>Die im Freiraum liegenden, von der Landwirtschaft genutzten Flächen sollen, als wesentliche Grundlage für die <u>Produktion von Nahrungsmitteln</u> und nachwachsenden Rohstoffen erhalten werden.</i></p> <p><i><u>Wertvolle landwirtschaftliche Böden mit besonders hoher natürlicher Bodenfruchtbarkeit oder besonderer Eignung für eine landwirtschaftliche Nutzung</u> sollen für Siedlungs- und Verkehrszwecke nicht in Anspruch genommen werden.</i></p>	<p>Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:</p> <p>Die angesprochene landwirtschaftliche Fläche, soweit sie innerhalb dieses Änderungsverfahrens liegt (Anteil ca. 1,3 ha), ist bereits im rechtswirksamen Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP) als Wohnbaufläche dargestellt und raumordnerisch somit Bestandteil des Allgemeinen Siedlungsbereichs (ASB). Durch die Umwidmung von Wohnbaufläche in Mischbaufläche erfolgt lediglich eine bauplanungsrechtliche Nutzungsänderung innerhalb des Siedlungsraums. Der außerhalb des Änderungsverfahrens liegende Teil der landwirtschaftlichen Fläche ist Bestandteil einer im RFNP dargestellten Grünfläche und somit raumordnerisch dem Allgemeinen Freiraum und Agrarbereich (AFAB) zugewiesen. Da die landwirtschaftliche Fläche insgesamt mit einer Größe von etwa 2,3 ha für eine eigenständige Darstellung zu klein ist (die Regeldarstellungsschwelle des RFNP beträgt 5,0 ha), wurde sie bei der Aufstellung des RFNP in die umgebenden Nutzungen integriert. Im Rahmen der erforderlichen Umweltprüfung wurde der Bereich der ehemaligen Zeche Sterkrade seinerzeit untersucht und auch hinsichtlich einer perspektivischen Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung bewertet. Hierbei war mit in Betracht zu ziehen, dass Teile dieser landwirtschaftlichen Pachtflächen im Rahmen der geplanten ökologischen Aufwertung des Alsbaches ohnehin einer weiteren landwirtschaftlichen Nutzung nicht mehr zugänglich sein werden. Die Offenlegung und Renaturierung des hier verrohrten Abschnittes des Alsbaches mit Schaffung eines mäandrierenden Bachbettes sowie einer größeren Retentionszone ist ein zentrales Element zur ökologischen Aufwertung des Raumes. Die Planung ist darüber hinaus Kompensationsmaßnahme im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zur Realisierung der so genannten BETUWE- Linie, einer Güterzug-Hochleistungsstrecke, die derzeit im Bereich der nordöstlich gelegenen DB- Strecke Oberhausen – Emmerich geplant wird. Die bestehenden Rahmenbedingungen wurden im Umweltbericht zur 33. Änderung des</p>

<p><i>Landwirtschaftliche Betriebe sollen in ihrem <u>Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten gesichert</u> werden. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen <u>negative Wirkungen</u> auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Unter Berücksichtigung der jeweiligen regionalen und lokalen Gegebenheiten sollen bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung <u>agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt</u> und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden“ (LEP NRW 2017).</i></p>	<p>RFNP erneut überprüft und bewertet. Hierbei wurde, wie bereits im RFNP- Aufstellungsverfahren, als worst-case-Szenario eine vollständige Aufgabe der landwirtschaftlichen Nutzung zu Grunde gelegt.</p> <p>Inwieweit letztlich eine Inanspruchnahme der landwirtschaftlichen Flächen erforderlich sein wird, kann derzeit nicht abgeschätzt werden. Die Konfliktlösung und die Bestimmung ggf. erforderlicher Kompensationsmaßnahmen können erst im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren erfolgen.</p> <p>Der Anregung wird nicht gefolgt.</p>
<p>Darüber hinaus sollte das Schutzgut „Fläche“, welches durch die Novellierung des UVPG (29.07.2017) neu in den Schutzgüterkatalog des Art. 3 UVP-RL hinzugekommen ist, mit betrachtet werden.</p>	<p>Das Schutzgut „Fläche“ wurde im vorliegenden Umweltbericht zur 33. Änderung des RFNP bereits betrachtet. Im Hinblick auf die überwiegende Nachnutzung einer Industriebrache (ca. 18,0 ha) folgt die Planung damit sowohl den Vorgaben der Bodenschutzklausel gem. Baugesetzbuch (BauGB) als auch entsprechenden landesplanerischen Vorgaben. Die Inanspruchnahme von 1,3 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche wirkt sich zwar negativ auf den Flächenverbrauch aus. Da der überwiegende Teil des Plangebiets aber zuvor bereits industriell genutzt worden ist und die Planung auch die Offenlegung und Renaturierung eines Baches vorsieht, werden die Auswirkungen auf das Schutzgut insgesamt als nicht erheblich eingeschätzt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Aus dem Ziel 6.1-1 LEP NRW 2017 leiten sich nach hiesiger Auffassung folgende Anforderungen an den Untersuchungsrahmen und den Detaillierungsgrad umweltrelevanter Daten zu den Schutzgütern (1) Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt in Verbindung mit dem Schutzgut, (2) Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft, (3) Kulturgüter und sonstige Sachgüter (darunter fällt die Landwirtschaft) sowie (4)</p>	<p>Die perspektivischen Auswirkungen auf die Landwirtschaft werden im Umweltbericht unter dem Schutzgut „Kultur- und Sachgüter“ erfasst und bewertet. Da es sich lediglich um eine Umwidmung innerhalb des bereits regionalplanerisch festgelegten Siedlungsraums handelt, ist mit der 33. Änderung des RFNP keine zusätzliche Freirauminanspruchnahme verbunden. Auch ein Flächentausch mit aufzugebenden Bauflächen gem. Ziel 6.1-1 des LEP ist nicht</p>

<p>Wechselwirkungen zwischen den vorgenannten Schutzgütern ab.</p> <p>Der vorgeschlagene Untersuchungsrahmen ist unter dem Punkt Kultur- und sonstige Sachgüter um den Punkt Auswirkungen auf die Agrarstruktur zu ergänzen. Der Verlust landwirtschaftlicher Flächen ist ein öffentlicher Belang, der mit abzuwägen ist.</p> <p><u>Zum Schutzgut Boden</u></p> <p>Folgende Punkte sind zu beachten:</p> <p>Bei den Böden sind neben den Bodenwertzahlen des Geologischen Dienstes NRW und den Schutzwürdigen Böden des Geologischen Dienstes NRW ebenfalls die aktuellen Realnutzungsarten Acker, Grünland und Dauerkulturen zu ermitteln (<u>Voraussetzung für Wertermittlung der Flächen</u>).</p> <p>Der Direktor der Landwirtschaftskammer NRW als Landesbeauftragter – Leiter der EU-Zahlstelle – verfügt über Daten zu dem landwirtschaftlichen Referenzsystem (Feldblocksystem in NRW; LaFIS-LFK) i. V. m. dem Integrierten Kontroll- und Verwaltungssystems (InVeKoS) der EU. Dies ist Bestandteil der Agrarförderung. Das Referenzsystem in NRW umfasst sowohl die Feldblöcke (innerhalb relativ fester Grenzen zusammenhängend bewirtschaftete landwirtschaftliche Fläche mit derselben Hauptbodennutzung als Acker, Grünland oder Dauerkulturen) als auch die Landschaftselemente (z.B. Hecken oder Knicks, Baumreihen oder Feldgehölze).</p> <p>In Abstimmung mit dem Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW dürfen diese Daten nur gegen Gebühren abgegeben werden. Die Aufteilung als Ackerland, Grünland oder als Dauerkultur ermöglicht eine bessere Abschätzung umweltmäßiger Aspekte.</p> <p>Daneben sollten die Agrarstandortwerte aller landwirtschaftlich bewirtschafteten Flächen – soweit verfügbar – in der Untersuchung</p>	<p>erforderlich, weil die Stadt Oberhausen auf der Ebene der Regionalplanung nach wie vor keine bedarfsgerechte Festlegung von Siedlungsraum aufweist und somit Handlungsbedarf besteht.</p> <p>Bei den landwirtschaftlich genutzten Flächen im Plangebiet handelt es sich um die Nutzungsart Acker. Der Umweltbericht enthält diese Angabe bereits beim Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft (Landschaftsbild). Die Angaben unter dem Schutzgut Kultur- und Sachgüter (Landwirtschaftliche Nutzung) wurden entsprechend ergänzt. Für das Schutzgut Boden hat die in der Stellungnahme angeführte Wertermittlung der Flächen keine Relevanz.</p> <p>Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Entsprechende Agrarstandorte sind im Änderungsbereich nicht vorhanden.</p>
---	---

berücksichtigt werden. Die Agrarstandortwerte liegen vor für die Metropolregion Ruhr, siehe Fachbeitrag des RVR.

http://www.metropol Ruhr.de/fileadmin/user_upload/metropol Ruhr.de/01_PDFs/Regionalverband/Regionaler_Diskurs/FD_Land_Forst/FD_Land_Forst_Lenzen.pdf

Zum Schutzgut Luft/Klima

Die Frischluftschneisen und die Bereiche mit besonderer Bedeutung für die Kaltluftbildung sollten ermittelt werden.

Zum Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter (Nutzungen)

Die Standorte der landwirtschaftlichen Unternehmen ab einer Größe von 5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) sollten erfasst und dargestellt werden. Zu den Hofstellen sind ausreichende Abstände einzuhalten, um deren bauliche Entwicklungsmöglichkeiten nicht zu behindern.

Die Daten sind ebenfalls Bestandteil der landwirtschaftlichen Fachbeitrags Metropolregion Ruhr, s.o.

Hinweise

Im Verlauf der weiteren Planung werden Kompensationsflächen für die Eingriffe in Natur und Landschaft sowie artenschutzbezogene Maßnahmen erforderlich (vgl. § 13 ff BNatSchG). Um eine landwirtschaftsschonende Umsetzung solcher Maßnahmen zu gewährleisten, sollte die Aufwertung vorhandener Naturräume (auch am Gewässer- und Uferrandbereich im Rahmen der WRRL)*, Maßnahmen der Landschaftsplanung, Ökokonten oder produktionsintegrierte Kompensation unter Begleitung der „Stiftung Westfälische Kulturlandschaft“ erfolgen. ausschließlich im ehemaligen Abgrabungsbereich erfolgen.

Die ggf. erforderlich werdenden Kompensationsmaßnahmen sind in enger Abstimmung mit der Landwirtschaft durchzuführen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Die lufthygienische und stadtklimatische Situation im Plangebiet sowie die diesbezüglichen Auswirkungen der Planung werden im Umweltbericht unter den Schutzgütern Luft und Klima bereits ausführlich beschrieben. Entsprechende Planungshinweise sind als Maßnahmen zur Vermeidung, Verminderung und Verringerung ebenfalls bereits aufgeführt und bei nachgelagerten Planungsverfahren zu berücksichtigen.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Im Planbereich sowie im weiteren Umfeld befinden sich keine landwirtschaftlichen Hofstellen. Auch eine Überprüfung des genannten landwirtschaftlichen Fachbeitrags ergab, dass keine entsprechenden Unternehmen dargestellt sind.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Hinweis: Abgrabungsbereiche liegen im Planbereich nicht vor.

* Aufwertung vorhandener Naturräume (auch am Gewässer- und Uferrandbereich im Rahmen der WRRL): Durch das Vorhaben werden ggf. zahlreiche Bäche, Flüsse oder Gewässersysteme betroffen, sodass grundsätzlich die Durchführung von Umsetzungsfahrplan-/ Bewirtschaftungs-/Maßnahmenprogramm-Maßnahmen der EU-WRRL als Kompensationsmaßnahmen u.E. räumlich-funktional zulässig und durchführbar sind.

Die Biotopbewertungs- und Kompensationsbewertungsverfahren sind – entsprechend des Grundsatzes 7.5-2 LEP NRW 2017 (s.o.), auf die Minimierung der entsprechenden Ausgleichsflächenbedarfe hin anzuwenden.

Dies betrifft sowohl die Anwendung des ELES, dessen Anwendung aus agrarstruktureller Sicht grundsätzlich zu begrüßen ist, als auch vor allem die Anwendung des Bewertungsverfahrens Kompensation Blau bzw. des Bewertungsverfahrens für Ausgleichsmaßnahmen am Gewässer (Koenzen), die grundsätzlich mindestens doppelte Ökopunkte für Kompensationsmaßnahmen an Fließgewässern vorzusehen, ermöglichen.

Darüber hinaus sind gerade die häufig geforderten Aufforstungen im Verhältnis von 1:2 für Kompensationsmaßnahmen u.E. nicht zulässig. Die bestehende rechtliche Ermächtigungsgrundlage nach BWaldG und LFoG bezieht sich auf einen 1:1 Flächenausgleich als forstrechtlicher Ausgleich', ggf. auch Waldersatz (vgl. des Weiteren § 4a Abs. 3 LG und § 4 Abs. 2 Nr. 9 LG). Der ggf. darüber hinausgehende landschaftsrechtliche Ausgleich' sollte durch qualitative Aufwertung in bestehendem Wald bzw. auch durch Waldumwandlung gemäß § 39 LFoG erfolgen.

Entscheidend für den Umfang der Aufforstungen ist die Berechnungsgrundlage – zumeist Katasterfläche – für die Berechnung des Waldanteils in den Gemeinden.

Auch in den dichter besiedelten Bereichen der Planungsregion wird deutlich, dass diese Berechnungsgrundlage nicht zielführend ist. Der Berechnungsbezug sollte deshalb so gewählt werden, dass er zumindest theoretisch 100 % erreichen kann. Dieser Anteil könnte nur mit Bezug auf die Freiraumfläche erreicht werden.

Der Waldanteil wäre somit auf der Berechnungsgrundlage des Freiraums (anstelle bisher häufig der Katasterfläche) zu ermitteln. Aus agrarstruktureller Sicht wird begrüßt, wenn diese Definition für die Waldanteile der Kommunen zukünftig angewendet wird.

Die Waldflächen in NRW (Waldanteile), die im geltenden LEP NRW 2017 angegeben sind, wurden – nach unseren Informationen – nach diesem Berechnungsverfahren ermittelt, s. Abbildung 5, ff.

Der LEP NRW ist neben seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan für den Forstbereich ebenfalls als Forstlicher Rahmenplan anzusehen.

<eingefügte Abbildung: Auszug LEP 2017, Abb. 5 Waldflächen in NRW>

Beteiligter: RAG Montan Immobilien GmbH
ID-Nr.: 269

Eingang: 20.04.2018
Nummer der Anregung: 58

Anregung:

Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:

(...) grundsätzlich entspricht die geplante Änderung des RFNP im Bereich der ehemaligen Schachtanlage Sterkrade 1/2 von Wohnbauflächen in gemischte Bauflächen unseren Gesprächen mit der Stadt Oberhausen bzw. unseren Überlegungen zu einer geplanten Nachfolgenutzung des Standortes. Insofern haben wir keine Bedenken oder Einwände.

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Gleichwohl möchten wir auf einige Restriktionen in Bezug auf den Standort hinweisen:

Auf Grund des Darstellungsmaßstabes von 1:50.000 ist neben dem eigentlichen Schachtstandort auch eine Teilfläche des Umlagerungsbauwerks Sterkrade betroffen. Dieses unterliegt der Bergaufsicht, bauliche Veränderungen sind nicht zulässig.

Die Schachtbereiche Sterkrade 1 und Sterkrade 2 (Stiftung Industriedenkmalpflege) unterliegen der Bergaufsicht. Des Weiteren unterliegt der verrohrte Alsbach in seinem gesamten Verlauf der Bergaufsicht.

Bei Maßnahmen in Bergaufsichtsbereichen ist ein Betriebsplan bei der Bezirksregierung Arnsberg zur Genehmigung einzureichen. Hierzu sind im Vorfeld alle erforderlichen Unterlagen zur Zulassung mit der RAG MI abzustimmen und diese durch RAG MI bei der v.g. Bezirksregierung einzureichen.

Im Rahmen des ABP-Verfahrens (Sterkrade 1/2 AZ.: 63.p4-4-4-18) wird auf der Verfahrensfläche ein Grundwassermonitoring durchgeführt. Im angefragten Bereich befinden sich Grundwassermessstellen (siehe Lageplan). Die vorhandenen Grundwassermessstellen werden langfristig benötigt und müssen für eine Grundwasserprobennahme bzw. Instandsetzung zugänglich sein/bleiben.

Bis längstens Ende 2025 betreibt Minegas Power GmbH einen Standort zur Grubengasabsaugung.

Eine Übersicht der Restriktionen nebst Kabel – und Leitungen entnehmen Sie bitte beigefügten Lageplänen.

Die Überschneidung ist maßstabsbedingt. Bauliche Veränderungen sind durch die 33. Änderung des RFNP im Bereich des Umlagerungsbauwerks nicht vorgesehen.

Der Umweltbericht enthält bereits unter dem Schutzgut Boden (Sonstiges) einen Hinweis auf die unter Bergaufsicht stehenden Schächte und unter dem Schutzgut Wasser (Oberflächengewässer) einen Hinweis auf die für den verrohrten Alsbach bestehende Bergaufsicht. Die Begründung wurde im Kap. 5.1 -technische Infrastruktur- ebenfalls entsprechend ergänzt.

Die Abstimmung mit der RAG MI erfolgt im Rahmen des nachgelagerten Bebauungsplanverfahrens.

Durch die 33. Änderung des RFNP wird die Nachfolgenutzung der ehemaligen Schachanlage lediglich vorbereitet. Die Berücksichtigung planungsrestriktiver Faktoren wie Messstellen, Kabel oder Leitungen ist Gegenstand des nachgelagerten Bebauungsplans. Hierzu wird ein gesondertes Beteiligungsverfahren durchgeführt.

Die genannte Grubengasgewinnungsanlage im Bereich des Schachtes 2 ist derzeit bis August 2021 weiterhin befristet genehmigt. Die weitere Nutzung ist im Rahmen des nachgelagerten Bebauungsplanverfahrens zu prüfen. Die genannte Anlage ist in der Begründung sowie im Umweltbericht zur 33. Änderung des RFNP bereits aufgeführt.

	Die Hinweise bezüglich bestehender Restriktionen werden zur Kenntnis genommen.
--	---

Beteiligter: Bezirksregierung Arnsberg Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW ID-Nr.: 13		Eingang: 24.04.2018 Nummer der Anregung: 59
Anregung:	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:	
<p>Die Planfläche 33 OB Zeche Sterkrade befindet sich über den auf Steinkohle verliehenen Bergwerksfeldern „Alsfeld“ und „Heide“, über dem auf Eisenstein verliehenen, inzwischen erloschenen Distriktsfeld „Gute Hoffnung“ sowie über dem auf Kohlenwasserstoffe erteilten Bewilligungsfeld „Methost“. Eigentümerin der Bergwerksfelder „Alsfeld“ und „Heide“ ist die RAG AG, Im Welterbe 10 in 45141 Essen. Letzte Eigentümerin des Distriktsfeldes „Gute Hoffnung“ war die MAN SE in München, vertreten durch die MAN GHH Immobilien GmbH, Sterkrader Venn 2 in 46145 Oberhausen. Diese Gesellschaft ist auch heute noch erreichbar. Inhaberin der Bewilligung „Methost“ ist die A-TEC Anlagentechnik GmbH, Schmelzerstraße 25 in 47877 Willich.</p> <p>Ausweislich der derzeit hier vorliegenden Unterlagen ist im Bereich der Planfläche 33 OB Zeche Sterkrade kein heute noch einwirkungsrelevanter Bergbau dokumentiert. Danach ist mit bergbaulichen Einwirkungen nicht zu rechnen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>	
<p>Ferner wird im Bereich der Planfläche 33 OB Zeche Sterkrade eine Grubengasverwertungsanlage unter Bergaufsicht betrieben. Die Betreiberin dieser Anlage ist die Mingas-Power GmbH, Rüttenscheider Str. 1 - 3 in 45128 Essen. Ich empfehle in dieser Angelegenheit die</p>	<p>Die Mingas-Power GmbH wurde bereits im vorliegenden Änderungsverfahren beteiligt. Die genannte Grubengasverwertungsanlage ist derzeit bis August 2021 weiterhin befristet genehmigt.</p>	

Mingas-Power GmbH um Stellungnahme zu bitten.	
Des Weiteren befindet sich im Bereich der Planfläche 33 OB Zeche Sterkrade der derzeit noch verrohrte, sanierungsbedürftige Alsbach. Die entsprechenden Sanierungsarbeiten werden unter Bergaufsicht durchgeführt. Hierzu empfehle ich, die RAG Montan Immobilien GmbH, Im Welterbe 1 – 8 in 45141 Essen um Stellungnahme zu bitten.	Die RAG Montan Immobilien GmbH wurde ebenfalls im vorliegenden Änderungsverfahren beteiligt.
Aus den derzeit hier vorliegenden Unterlagen geht hervor, dass im Umfeld der Planfläche 33 OB Zeche Sterkrade Unstetigkeiten verzeichnet sind. Bei Unstetigkeiten handelt es sich um Erdstufen, Erdspalten und Flexuren, die unter Umständen auch dann noch zu Gebäudeschäden führen können, wenn der Bergbau schon lange beendet ist. Ich empfehle in dieser Angelegenheit die RAG AG, Im Welterbe 10 in 45141 Essen um Stellungnahme zu bitten.	Die RAG AG wurde im Änderungsverfahren ebenfalls parallel beteiligt.
<p>Im hiesigen Bergbau Alt- und Verdachtsflächen-Katalog (BAV-Kat) sind für den Bereich der Planfläche 33 OB Zeche Sterkrade derzeit folgende, ehemalige bergbauliche Betriebsstätten verzeichnet:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ BAV-Kat Nr.: 4407-S-015, Sterkrade 1/2, Zeche, Kokerei mit Nebengewinnung, ➤ BAV-Kat Nr.: 4407-A-026, Sterkrade 1/2, Halde. <p>Im Plangebiet befanden sich hauptsächlich die Betriebsanlagen und Betriebsgebäude der Zeche Sterkrade 1/2 mit den Schächten 1 und 2, Kauengebäude, Kesselhaus, Fördermaschine, Klärbehälter, Halde, Gleisanlagen etc.</p> <p>Die Bergaufsicht hat für die zuvor genannten Verdachtsflächen bereits geendet.</p> <p>Lediglich für die ehemalige Betriebsfläche Zeche, Kokerei Sterkrade wird aktuell eine Grundwasserüberwachung (Monitoring) seitens der RAG Montan Immobilien GmbH, Im Welterbe 1 – 8 in 45141 Essen durchgeführt. Die dafür angelegten Grundwassermessstellen sind</p>	Die RAG Montan Immobilien GmbH wurde –wie bereits erwähnt– ebenfalls im vorliegenden Änderungsverfahren beteiligt.

dauerhaft zu erhalten und eine Zugänglichkeit zu gewährleisten. Hierzu empfehle ich, die RAG Montan Immobilien GmbH um Stellungnahme zu bitten.	
<p>Im Umfeld der Planfläche 33 OB Zeche Sterkrade befinden sich folgenden Alt- und Verdachtsflächen:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ BAV-Kat Nr.: 4407-S-027, Sterkrade 1/2 – Osterfeld 1/3, Gasrohrleitung, ➤ BAV-Kat Nr.: 4407-A-033, Sterkrade 1/2, Aufschüttung. <p>Auch für diese ehemaligen Betriebsbereiche hat die Bergaufsicht bereits geendet.</p>	<p>Durch eine Rückfrage der Unteren Bodenschutzbehörde bei der Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6, konnte inzwischen geklärt werden, dass beide genannten Flächen für die Planungen nicht weiter relevant sind.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Beteiligter: Emschergenossenschaft ID-Nr.: 60		Eingang: 24.04.2018 Nummer der Anregung: 62
Anregung:	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:	
<p>(...) gegen die o.g. Änderung des Regionalen Flächennutzungsplans bestehen unsererseits keine Bedenken. Die folgenden Hinweise bitten wir auf jeden Fall zu berücksichtigen:</p> <p>Der Planbereich grenzt an das Einzugsgebiet mehrerer genossenschaftlicher Anlagen (Pumpwerke Oberhausen -Handbach, -Buschhausen, -Sterkrade, etc.). Durch die Entwässerungsrichtung des Plangebietes und die eingeleiteten Abwassermengen können sich Änderungen/Anpassungen an den genossenschaftlichen Anlagen ergeben, die planerisch zu berücksichtigen sind.</p> <p>Eine weitere Bebauung des Planbereichs führt zu einer Erhöhung der Abwassermenge, die im Klärwerk Emschermündung der Emschergenossenschaft mit zu behandeln, aber bislang noch nicht berücksichtigt ist.</p> <p>Bitte beteiligen Sie uns bei den weiteren Verfahrensschritten!</p>	<p>Eine weitere Beteiligung der Emschergenossenschaft im Rahmen des vorliegenden RFNP-Änderungsverfahrens wird zugesichert. Die konkrete Bestimmung von Art und Maß der baulichen Nutzung und damit ein Rückschluss auf anfallende Abwassermengen können jedoch erst im Rahmen des nachgelagerten Bebauungsplanverfahrens erfolgen. Hierzu wird ein gesondertes Beteiligungsverfahren unter Einbeziehung der Emschergenossenschaft durchgeführt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>	

Beteiligter: Industrie- und Handelskammer zu Essen ID-Nr.: 100		Eingang: 25.04.2018 Nummer der Anregung: 65
Anregung: (...) seitens der IHK zu Essen werden nach Abwägung des gesamtwirtschaftlichen Interesses grundsätzlich keine Einwendungen gegen das o.g. Änderungsverfahren des RFNP geltend gemacht. Wir weisen jedoch ausdrücklich darauf hin, dass die Fläche innerhalb der einzuhaltenden Schutzabstände mehrerer Betriebe der Abstandsklassen I-IV gem. Abstandserlass 2007 gelegen ist, deren gewerbliche Tätigkeiten durch die Planung und spätere Realisierung - insbesondere von Wohnnutzungen - grundsätzlich nicht beeinträchtigt werden dürfen. Ebenso ist eine Beeinträchtigung der Nutzung des angrenzenden Industriegleises auszuschließen.		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: Im Umweltbericht zur vorliegenden RFNP-Änderung ist der Sachverhalt unter dem Schutzgut „Mensch, Gesundheit, Bevölkerung“ bereits erfasst worden. Mögliche Konflikte durch heranrückende Wohn- und Gewerbebebauung sind im nachfolgenden Bebauungsplanverfahren zu lösen. Durch die Änderung des RFNP ergibt sich keine Beeinträchtigung der Nutzung des angrenzenden Industriegleises. Das Industriegleis wird ohnehin im Rahmen des Ausbaus der angrenzenden Bahnstrecke Emmerich-Oberhausen (ABS 46/2, PFA 1.2) verlegt und wird zukünftig nordwestlich des Änderungsbereichs in die Hauptstrecke einbinden. Diese Maßnahme ist Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens der DB AG. Zum nachgelagerten Bebauungsplan wird ein gesondertes Beteiligungsverfahren durchgeführt. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.

Beteiligter: thyssenkrupp Steel Europe AG ID-Nr.: 273		Eingang: 25.04.2018 Nummer der Anregung: 67
Anregung: Nach interner Prüfung und Abstimmung kommen wir zu dem Ergebnis, dass wir weder als thyssenkrupp Steel Europe AG noch andere thyssenkrupp-Gesellschaften bei den drei RFNP-Änderungen direkt oder indirekt betroffen sind. Für das RFNP-Verfahren 33 Oberhausen, ehem. Zeche Sterkrade, ist in den Planunterlagen und Erläuterungen (u.a. Anlage Kapitel 5.1) vermerkt, dass hier eine Wasserleitung der „Thyssen AG“ verlaufen würde. Der fachliche Austausch mit der Stadt Oberhausen ergab, dass für die Datengrundlage des verwendeten Planauszugs u.U. „ältere		Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: Die im Planbereich inzwischen überholten Leitungsdaten werden korrigiert. Die entsprechenden Aussagen in der Begründung und im Umweltbericht zur 33. Änderung des Regionalen Flächennutzungsplans werden gestrichen. Der Anregung wird gefolgt.

Datensätze aus 1980“ eingeflossen sind. Nach konzerninterner Recherche teilen wir Ihnen hiermit mit, dass die im Lageplan eingezeichnete „TAG-Leitung“ nicht in unserem Bestand, bzw. uns nicht bekannt ist.

Beteiligter: Deutsche Bahn AG, DB Immobilien Region West ID-Nr.: 36	Eingang: 25.04.2018 Nummer der Anregung: 70
Anregung:	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:
<p>Bezüglich des Änderungsverfahrens 33 OB bestehen unsererseits grundsätzlich keine Bedenken, wenn die nachfolgende Hinweise beachtet werden:</p> <p>Das Änderungsverfahren befindet sich in unmittelbarer Nähe zu dem laufenden Planfeststellungsverfahren für den 3-gleisigen Ausbau der Strecke ABS 46/2, Grenze D/NL – Emmerich-Oberhausen, Planfeststellungsabschnitt Oberhausen-Sterkrade (PFA 1.2). Aus Sicht der ABS 46/2 bestehen keine grundsätzlichen Bedenken, sofern dadurch keinen erweiterten Anforderungen an und Ansprüche gegen das laufende Planfeststellungsverfahren entstehen.</p> <p>Gemäß Verordnung zur Durchführung des Bundes –Immissionsschutzgesetzes ist der betroffene Bereich anhand der Bebauungspläne bzw. (falls nicht vorhanden) der tatsächlichen Nutzung in der Planung zum genannten Verfahren, insbesondere der Schallschutzmaßnahmen, als Gewerbegebiet eingestuft und so in den Planunterlagen, die der Stadt Oberhausen vorliegen, berücksichtigt. Die Schutzmaßnahmen gegen die durch den Bau, die Erhaltung und Betrieb der Eisenbahnanlagen entstehenden Immissionen werden daher nach den Grenzwerten für Gewerbegebiete bestimmt. Daher steht die vorgesehene Ausweisung des oben genannten Gebietes im Flächennutzungsplan als Mischgebiet mit der bereits offengelegten Fachplanung in Konflikt. Wir fordern daher ausdrücklich dazu auf, die bereits offengelegten Planunterlagen bei der Erstellung des Flächennutzungsplans zu berücksichtigen.</p> <p>Abschließend weisen wir darauf hin, dass der o.g. Flächennutzungs-</p>	<p>Der gesamte Bereich des RFNP-Änderungsverfahrens 33 OB ist im rechtswirksamen RFNP vom 03.05.2010 bereits als Wohnbaufläche (W) dargestellt. Mit dem Änderungsverfahren soll eine bauplanungsrechtliche Nutzungsänderung in gemischte Baufläche (M) vorgenommen werden. Die künftige Nutzung ist demnach insgesamt als „weniger sensibel“ einzuschätzen. Neues Planungsziel ist neben einer Wohnbebauung auch die Ansiedlung von wohnverträglichem Gewerbe mit insgesamt starker Durchgrünung des Planbereichs. Die konkrete räumliche Festlegung der unterschiedlichen Nutzungen kann erst im nachgelagerten Bebauungsplanverfahren erfolgen. Die bestehende Lärmsituation ist unter Einbeziehung des geplanten Ausbaus der angrenzenden Bahnstrecke (sog. BETUWE-Linie) bereits im Umweltbericht zur 33. Änderung des RFNP erfasst worden (Grundlage für die Bewertung im Umweltbericht waren – wie in der Stellungnahme der DB AG gefordert – die offengelegten Planunterlagen des 1. Deckblatts für das Planfeststellungsverfahrens ABS 46/2, PFA 1.2). Im Umweltbericht zum Vorentwurf wurde bereits festgestellt:</p> <p>„Es bestehen teils erhebliche Lärmbelastungen durch die nordöstlich angrenzend verlaufende Bahnstrecke Oberhausen-Emmerich, deren 3-gleisiger Ausbau bevorsteht. Nach Ausbau betragen die Belastungen tags und nachts zwischen 54 und 64 dB(A). Im Zuge des 3-gleisigen Ausbaus erfolgt hier Lärmvorsorge (Lärmschutzwand an den Gleisen zwischen 4 und 6 m Höhe), so dass das Plangebiet dann geschützt sein wird und die Grenzwerte der 16. BImSchV eingehalten werden. Hinweise auf sonstige Lärmkonflikte liegen nicht vor.“</p>

plan gem. § 1 Absatz 2 BauGB eine vorbereitende Bauleitplanung darstellt. Wir behalten uns vor, zu dem o.g. Verfahren und zu Bebauungsplänen, die aus diesem Flächennutzungsplan entwickelt werden, unabhängig von unserer vorstehenden Stellungnahme Bedenken und Anregungen vorzubringen. Diese können auch grundsätzlicher Art sein, sofern Unternehmensziele oder Interessen der Deutschen Bahn AG dies erfordern.

Für die weiteren Planungen möchten wir bereits jetzt darauf hinweisen, dass Zugänge auf unser Grundstück bestehen bleiben müssen. Bei einer Einfriedung müssen Tore (mit Vierkant- Schlüsselung) eingebaut werden, die einen 24-Stunden-Zugang für das Notfallmanagement sowie für die Instandhaltungsteams gewährleisten.

Wir bitten Sie, uns an dem weiteren Verfahren zu beteiligen und uns zu gegebener Zeit den Satzungsbeschluss zu übersenden.

Während die von der DB AG beim Ausbau der Strecke einzuhaltenden Grenzwerte der 16. BImSchV für Wohngebiete – wie etwa die bestehende Bebauung an der im Süden des Änderungsbereichs gelegenen Von-Trotha-Straße – 59/49 dB(A) tags/nachts betragen, liegen die Grenzwerte für ein mit der RFNP-Änderung geplantes Mischgebiet bei 64/54 dB(A) tags/nachts. Die Lärmvorsorge ist bereits so dimensioniert, dass die Grenzwerte für die Bestandswohnbebauung an der Von-Trotha-Straße eingehalten werden und die Grenzwerte für Mischgebiete in der südlichen Hälfte des Plangebiets eingehalten werden.

Die Auffassung, dass die vorliegende Änderung des RFNP in Konflikt mit der Fachplanung stehe, wird somit nicht geteilt. Im Rahmen des nachfolgenden Bebauungsplanverfahrens wird durch ein Lärmgutachten die Vertretbarkeit der geplanten Nutzungen bzw. die Notwendigkeit ggf. zusätzlich erforderlicher Maßnahmen überprüft. Hierzu findet zu gegebener Zeit ein gesondertes Beteiligungsverfahren statt.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass die Sicherung des Zugangs zu den Bahnbetriebsflächen nicht Gegenstand eines RFNP-Änderungsverfahrens ist.

Die weitere Beteiligung der Deutschen Bahn AG im vorliegenden Verfahren wird zugesagt.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Beteiligter: Landschaftsverband Rheinland –Amt für Denkmalpflege im Rheinland ID-Nr.: 148	Eingang: 26.04.2018 Nummer der Anregung: 72
Anregung: <p>im Teilbereich 34 GE (<i>Anm.: gemeint ist 33 OB!</i>) sind denkmalpflegerische Belange betroffen (Baudenkmal Zeche Sterkrade). Gegen die Inhalte der Planung bestehen keine grundsätzlichen Bedenken, da diese den ehemaligen Zechenstandort mitberücksichtigt. Die Veränderung von Wohnbaufläche in eine gemischte Baufläche birgt nach wie vor die Möglichkeit, an den vormals industriellen Charakter des Gebiets anzuknüpfen.</p> <p>Wir begrüßen die Einbindung des Baudenkmals Fördergerüst Schacht 1 mit Schachthalle (UDB-Nummer 155) als identitätsstiftendes Gebäude und Kristallisationspunkt des neuen Quartiers (Vorentwurf UB S. 8) sowie den Einbezug des historischen KLB 087 Zeche Sterkrade / Siedlung Dunkelschlag und Anerkennung seiner Ziele. Der Förderturm sollte als städtebauliche Dominante erhalten bleiben, ihm und der Schachthalle ist eine angemessene bauliche Freistellung einzuräumen, um eine ausreichende Würdigung und Erlebbarkeit der ehemals mächtigen Ausmaße des Bauwerks zu ermöglichen.</p> <p>Wir regen eine Erhaltung des Bestandes der alten Umfassungsmauer des Zechengeländes und der historischen Kastanienallee in der ehemaligen Zufahrt an. Beide Strukturen liegen innerhalb des KLB und besitzen hohen historischen Zeugniswert und einen assoziativen Bezug zur Zeche. Der Einbezug in die kommenden Planungen ermöglicht den Erhalt des identitätsstiftenden Erbes der industriellen Epoche des Ortes.</p> <p>In den nachfolgenden Planungsebenen sollte bei dementsprechend größerem Maßstab das Denkmal gemäß PlanzV 90 kartiert werden.</p> <p>Für Umfang und Untersuchungstiefe der Umweltprüfung empfehlen wir die Berücksichtigung der Publikation Kulturgüter in der Planung,</p>	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: <p>Das denkmalgeschützte Fördergerüst des Schachtes 1 mit Schachthalle ist im Rahmen der vorliegenden RFNP-Änderung erfasst und insbesondere im Umweltbericht unter dem Schutzgut „Kultur- und Sachgüter“ beschrieben. Die Einbindung in städtebauliche Konzepte unter Berücksichtigung der Ergebnisse eines im Jahr 2015 durchgeführten Wettbewerbes kann jedoch erst im Rahmen des nachgelagerten Bebauungsplanverfahrens erfolgen.</p> <p>Der Hinweis wird aufgenommen. Im Umweltbericht wird unter dem Schutzgut Kultur- und Sachgüter auf die Reste der Zechenmauer und die Kastanienallee hingewiesen. Die Kastanienallee ist darüber hinaus gem. LNatSchG geschützt und wird daher unter dem Schutzgut Tiere Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft (Schutzstatus) aufgeführt. Der Erhalt dieser Elemente wird als anzustrebende Vermeidungsmaßnahme für die nachfolgende Planungsebene aufgenommen.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p>

<p>Handreichung zur Berücksichtigung des kulturellen Erbes in der Planung, 2. überarb. Aufl. Köln 2014, herausgegeben von der UVP-Gesellschaft e.V.</p> <p>Die Belange der Bodendenkmalpflege (Archäologie) vertritt das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland (Endenicher Str. 133, 53115 Bonn).</p>	<p>Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
---	---

<p>Beteiligter: Landesbetrieb Straßenbau NRW –Autobahnniederlassung Krefeld</p> <p>ID-Nr.: 129</p>		<p>Eingang: 26.04.2018</p> <p>Nummer der Anregung: 75</p>
Anregung:	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:	
<p>Westlich des Plangebietes verläuft in einer Entfernung von ca. 900 m die Autobahn 3 / Anschlussstelle Oberhausen-Holten, Abschnitt 12. Zuständig für den Betrieb und die Unterhaltung ist hier die Autobahnniederlassung Krefeld.</p> <p>Die in einer Entfernung von ca. 1000 m verlaufende Autobahn 516, Abs. 1 liegt im Zuständigkeitsbereich der Regionalniederlassung Ruhr.</p> <p>Ziel der eingereichten Bauleitplanung ist die Schaffung der planungsrechtlichen Rahmenbedingungen zur Entwicklung eines Mischgebietes "aus grünem Gewerbegebiet und wohnbaulicher Nutzung" auf der Fläche der ehemaligen Zeche Sterkrade. "Ein weiteres Planungsziel ist die Öffnung und Renaturierung des „Alsbaches“, der das Plangebiet derzeit verrohrt durchläuft."</p> <p>Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung ist ein Verkehrsgutachten hinsichtlich der zu erwartenden Zusatzverkehre und deren Verträglichkeit im umliegenden klassifizierten Straßennetz zu erstellen. Hierbei sind auch die weiteren großflächigen städtebaulichen Entwicklungen im näheren Umfeld des o.a. Plangebietes mit zu betrachten.</p> <p>Sämtliche Kosten für erforderliche Straßenumbau- und Verkehrssteuerungsmaßnahmen gehen dabei zu Lasten der Stadt</p>	<p>Die Regionalniederlassung Ruhr in Essen wurde parallel im Verfahren beteiligt.</p> <p>Die Untersuchungen zu den Auswirkungen auf den Verkehr werden Gegenstand des nachgelagerten Bebauungsplanverfahrens sein. In diesem Zusammenhang sind auch die kalkulatorischen Kosten zu ermitteln.</p> <p>Lage und Umfang erforderlicher Ausgleichsmaßnahmen können ebenfalls erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bestimmt werden. Eine rechtzeitige Abstimmung mit dem Landesbetrieb Straßenbau wird zugesagt.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>	

<p>Oberhausen.</p> <p>Gegenüber der Straßenbauverwaltung können weder jetzt noch zukünftig aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz geltend gemacht werden.</p> <p>Aussagen zu Eingriff und Ausgleich in den Naturhaushalt werden erst im nachgelagerten weiteren Verfahren verbindlich ergänzt. Um Planungskollisionen zu vermeiden bitte ich mir zu gegebener Zeit die Lage von evtl. erforderlich werdenden externen Ausgleichsflächen, eingetragen in einen Übersichtslageplan, mitzuteilen.</p>	
---	--

Beteiligter: Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen ID-Nr.: 123	Eingang: 23.04.2018 Nummer der Anregung: 76
Anregung: <p>Die große Zechenbrache Sterkrade soll im RFNP nicht als mehr als reine Wohnbaufläche, sondern als gemischte Baufläche dargestellt werden. Es handelt sich um das Gelände einer ehemaligen Kohlenhalde auf dem eine große Industriebrache mit zahlreichen flachen Gewässern entstanden ist. Die Brachfläche ist für Pionierbesiedler von Industriebrachen und wärmeliebende Arten von besonderer Bedeutung. Als planungsrelevant konnten u.a. folgende Arten erfasst werden: Große Moosjungfer (<i>Leucorrhinia pectoralis</i>) (RL), Kleiner Wasserfrosch (<i>Rana lessonae</i>) (RL), Kreuzkröte (<i>Bufo calamita</i>) (RL), Schleiereule (<i>Tyto alba</i>), Lachmöwe (<i>Larus ridibundus</i>). Bei dem Kreuzkrötenvorkommen handelt es sich um eines der bedeutendsten Vorkommen im Ruhrgebiet. Da für diese Zechenbrache bereits Planungen für eine Bebauung vorlagen, wurde nur ein Teilbereich im Westen der Industriebrache (VB-D-4406-024 - "Brachflächen und Gehölze entlang der Eisenbahntrasse") als Verbundfläche mit besonderer Bedeutung Stufe 2 in den Biotopverbund des LANUV übernommen.</p>	Stellungnahme / Umgang mit der Anregung: <p>Im Rahmen des Verfahrens 33 OB wurde inzwischen eine Artenschutzprüfung (ASP 1) durchgeführt. Die Ergebnisse wurden in den Umweltbericht aufgenommen. Sowohl die Aussagen zu den vorkommenden Arten als auch zu den Wirkungen der Planung und zu notwendigen Vermeidungs- und Ausgleichsmaßnahmen, die in nachgelagerten Verfahren beachtet werden müssen, wurden im Umweltbericht ergänzt.</p>

Als Ergänzung für den Umweltbericht wird empfohlen:

- Aufgrund der Bedeutung der Fläche für den Artenschutz ist es sinnvoll die Artenschutzbelange im Sinne einer überschlägigen Vorabschätzung bereits auf Ebene des Regionalen Flächennutzungsplans RFNP zu berücksichtigen. Auf diese Weise lassen sich auf dieser Planungsebene Festsetzungen vermeiden, die in nachgeordneten Verfahren aus Artenschutzgründen nicht umgesetzt werden können.

Im Umweltbericht werden ansonsten alle relevanten Schutzgüter betrachtet und mögliche Konflikte und Beeinträchtigungen aufgezeigt.

Unter anderem sind für das Schutzgut „Wasser“ laut Umweltbericht erhebliche Auswirkungen für das Oberflächengewässer „Alsbach“ zu erwarten.

Bei der geplanten Umlegung des „Alsbaches“ ist die „Richtlinie für die Entwicklung naturnaher Fließgewässer in NRW“, (MUNLV 2010) zu berücksichtigen sowie die „Entscheidungshilfe zur Auswahl von Zielführenden hydromorphologischen Maßnahmen an Fließgewässern (LANUV Arbeitsblatt 32).

Im Hinblick auf das Schutzgut Boden sollte der LANUV Fachbericht 82 "Grundlagen und Anwendungsbeispiele einer Bodenkundlichen Baubegleitung in NRW" Anwendung finden, der unter folgendem Link abrufbar ist:

https://www.lanuv.nrw.de/fileadmin/lanuvpubl/3_fachberichte/LANUV-Fachbericht_82_web.pdf.

Bei der weiteren Planung zu den drei Änderungsverfahren des RFNP 32 E, 33 OB und 34 GE bitte ich den Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege des LANUV für die Planungsregion des Regionalverbandes Ruhr (RVR) zu berücksichtigen.

Der Anregung wird gefolgt.

Da der Alsbach im gesamten Änderungsbereich bisher verrohrt verläuft, und hier die Offenlegung des Baches geplant und bereits Bestandteil eines laufenden Planfeststellungsverfahrens ist, sind mit der Planung erhebliche positive Auswirkungen für das Gewässer verbunden.

Die genannte Richtlinie und das Arbeitsblatt werden in den nachfolgenden Verfahren berücksichtigt.

Der Anregung wird gefolgt, und die Anwendung des Fachberichts wird als Planungshinweis für die nachfolgende Planungsebene in den Umweltbericht aufgenommen.

Der Fachbeitrag wurde für die Erarbeitung des Regionalplans Ruhr erstellt. Er dient als fachliche Grundlage für die entsprechenden Inhalte und Festlegungen des Regionalplans als Landschaftsrahmenplan. Mit dem Erarbeitungsbeschluss ist der Regionalplanentwurf in der

	<p>kommunalen Bauleit- und Landschaftsplanung zu beachten bzw. zu berücksichtigen. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass die relevanten Inhalte des Fachbeitrags - sofern sie vom RVR in den Regionalplanentwurf übernommen wurden - sich in der kommunalen Planung niederschlagen.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p>
<p>Beteiligter: Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW (Landesplanungsbehörde)</p> <p>ID-Nr.: 168</p>	<p>Eingang: 17.05.2018</p> <p>Nummer der Anregung: 83</p>
<p>Anregung:</p> <p>Mit der RFNP-Änderung 33 OB soll eine Wohnbaufläche in eine gemischte Baufläche geändert werden. Eine gemischte Baufläche ermöglicht grundsätzlich die Entwicklung eines Kerngebietes (MK) auf Ebene der verbindlichen Bauleitplanung. In einem solchen MK wäre auch großflächiger Einzelhandel möglich, der sich an den Anforderungen des LEP messen lassen müsste. In der Begründung zur RFNP-Änderung wird zwar auf das Einzelhandelskonzept der Stadt Oberhausen verwiesen, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der genannten Einzelhandelsthematik fehlt bislang allerdings. Es wird empfohlen, die Planänderung in Hinblick auf das Einzelhandelskonzept zu bewerten.</p>	<p>Stellungnahme / Umgang mit der Anregung:</p> <p>Der Änderungsbereich liegt außerhalb zentraler Versorgungsbereiche der Stadt Oberhausen. Insofern sind die Voraussetzungen für eine Entwicklung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben, die zentren- bzw. nahversorgungsrelevante Kernsortimente führen und Auswirkungen gem. § 11 Abs. 3 BauNVO haben, nicht gegeben. Großflächige Einzelhandelsbetriebe mit nicht zentrenrelevanten Kernsortimenten sind konzeptionell am Standort nicht vorgesehen. Entsprechende Ergänzungen wurden in den Begründungstext aufgenommen.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt.</p>

Synopse der Anregungen im Rahmen der Frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit

Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung sind keine Stellungnahmen der Öffentlichkeit eingegangen.